

Rudolf Augstein Stiftung
Follow the Science – aber wohin?
Wissenschaft, Macht und Demokratie
im Zeitalter der Krisen



Rudolf Augstein Stiftung

Follow the science – aber wohin?

**Wissenschaft, Macht und Demokratie
im Zeitalter der Krisen**

Zur problematischen Vorbildfunktion der Klimakrise für die Corona-Krise

Krisen sind Situationen eines doppelten Kontrollverlustes. Erstens hebeln sie die Steuerungsmechanismen aus, die moderne Gesellschaften im Wissen um ihre Krisenanfälligkeit zur Aufrechterhaltung von Stabilität installiert haben. Dadurch setzen sie unerwünschte Ereignisketten in Gang, die nicht mehr aufzuhalten, sondern höchstens noch abzumildern sind. Kommt man einer Krise nicht zuvor, kann man sie nicht mehr einholen. Krisenpolitik besteht zwangsläufig darin, den Ereignissen hinterherzuhinken. Zweitens bringen Krisen Betroffene wie Beobachtende um das Vertrauen in die Durchschaubarkeit des aktuellen Geschehens und in die Erwartbarkeit der kommenden Entwicklungen. Sie lösen fundamentale Orientierungsverluste, gefolgt von einer gesteigerten Orientierungssuche aus, um die aus den Fugen geratene Welt wenigstens rational wieder einzufangen.

Zentraler Referenzpunkt bei der Orientierungssuche sind andere Krisen, die zum Deutungsrahmen für die eigene Erfahrung erhoben werden (Hein-Kircher 2020). Moderne Gesellschaften verfügen über einen institutionalisierten Erinnerungsapparat, mit dem sich vergangene Phasen des Kontrollverlusts abrufen und zu Anleitungen für den Umgang mit gegenwärtigen Krisenereignissen verarbeiten lassen. Der Griff zur Geschichte taucht einen unvertrauten Schadensablauf in ein vertrautes Licht und verwandelt überwundenes Leid in Lehrstücke für Nachgeborene.

Die Orientierungsleistung der Erinnerung hängt jedoch entscheidend davon ab, wie gut frühere Krisen aufgearbeitet sind und wie stark ihre Ursachen und ihr Ablauf dem aktuellen Krisengeschehen entsprechen. In der Finanzkrise nach 2007 ermöglichte der Rückgriff auf das Wissen zur Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre einen raschen Expertenkonsens, was es unbedingt zu verhindern gelte: einen Kollaps des Bankensystems durch eine unkontrollierte Konkurswelle, die danach auf die Realwirtschaft durchschlagen würde. Dadurch fiel es Ökonomen in Notenbanken und Verwaltungen leichter, die Politik von der Notwendigkeit massiver Eingriffe zu überzeugen, um das Finanzsystem mit staatlicher Hilfe zu stützen (Hirschi 2021).

In der Corona-Pandemie hingegen fehlte in westlichen Gesellschaften eine Gesundheitskrise, die als Orientierungsanker hätte dienen können. Die Spanische Grippe vermochte diese Funktion nicht zu erfüllen. Das lag weniger an der zeitlichen Distanz als an den geringen Spuren, welche die Spanische Grippe im Vergleich zur Weltwirtschaftskrise im kollektiven Gedächtnis und in der wissenschaftlichen Forschung hinterlassen hat. Für die meisten Betroffenen war die damalige Pandemie keine krisenhafte Erfahrung, sondern ein Ereignis im Rahmen ihrer Normalitätserwartungen, die eine wiederkehrende Konfrontation mit Seuchen einschloss. Es herrschte Not, Menschen starben, das Leben ging weiter. Zudem standen die damaligen Gesellschaften am Ende eines Krieges, dessen Zerstörungskraft und Langzeitwirkung als viel verheerender wahrgenommen wurde. Bedingt durch die historischen Umstände, gingen auch die medizinischen Wissenschaften in späterer Zeit kaum der Frage nach, wie die schwere Krankheitslast und die hohen Todeszahlen der Spanischen Grippe zu verhindern gewesen wären.

In Ermangelung einer Referenzkrise aus der Geschichte trat in der Corona-Pandemie mit dem Klimawandel eine Gegenwartskrise als Deutungsrahmen in den Vordergrund, mit der die

Wissenschaft und Politik schon seit längerem ringt, ohne dass die Gesellschaft ihre schädlichen Auswirkungen bisher stark zu spüren bekommen hat. Als chronische Krise, bei der noch unklar ist, wie sie von der erdölabhängigen Weltbevölkerung bewältigt werden wird, bietet die Erderwärmung aber kaum den nötigen Anschauungsunterricht, um eine akute Gesundheitskrise epistemisch und besser in den Griff zu bekommen (Grundmann 2021). Zu diesem Zweck werden Vergleiche mit ihr aber auch kaum angestellt. Die Orientierung an der Erderwärmung dient weniger dem Verständnis und der Kontrolle des pandemischen Geschehens als dem Kampf gegen andere pandemiepolitische Positionen. Dazu eignet sich die Klimakrise besonders, weil sie seit Jahrzehnten von erbitterten Kontroversen geprägt ist und eine Reihe von medialen Strategien hervorgebracht hat, um den Widerstand gegen eine aktive Krisenintervention zu schwächen. So konfliktreich und ungelöst, wie die Klimakrise ist, stellt sich aber die Frage, ob ihre politische Instrumentalisierung die Bewältigung einer Gesundheitskrise, für die es einer breiten gesellschaftlichen Solidarität bedarf, nicht mehr behindert als erleichtert. Bei genauerem Hinsehen spricht viel dafür, die Frage zu bejahen.

Der Polarisierungseffekt der Klimakrise

Die Orientierung an der Klimakrise begann kurz nach dem Ausbruch der Pandemie damit, dass die Gesellschaft in Sehende und Geblendete aufgeteilt wurde. Erst den sozialen und dann in den nationalen Medien wurde den Klimaleugnern die »Coronaleugner« und »Covid-Idioten« als Geschwister im Geiste zur Seite gestellt. Die Vielfalt an Motiven, die Menschen anfangs zu Kritik an den Eindämmungsmaßnahmen bewogen, reduzierte sich in vorausseilender Anwendung des schlimmstmöglichen Verdachts auf die Unterstellung, es handle sich um Realitätsverweigerung. Der Streit, wie mit der Bedrohung umzugehen sei, wurde bei der

ersten Gelegenheit als Wissenskonflikt gerahmt, in dem die eine Seite der anderen Ignoranz und Irrlehren vorwirft, verbunden mit dem Imperativ, sich zur Wahrheit zu bekehren. Wissenskonflikte haben, sobald es um mehr als nur die bloße Klärung von Sachverhalten geht, die Eigenschaft, sich zu Grabenkämpfen zwischen zwei Lagern auszuwachsen, die sich verständnislos und unveröhnlich gegenüberstehen (Bogner 2021). Spricht man widerständigen Bevölkerungsgruppen zu Beginn einer Krise den Realitätsbezug und die Intelligenz ab, fällt es später umso schwerer, sie aus der Opposition gegen die Krisenpolitik zurückzuholen. Eher passiert das, wovon Stephen Hilgartner, Benjamin Hurlbut und Sheila Jasanoff in *Science* gewarnt haben: »Halten Experteneliten die Bevölkerung für vorsätzlich unwissend und unverbesserlich irrational, benötigen sie bessere Mittel, um jene zu verstehen, die sich ausgegrenzt fühlen. Sonst drohen die politischen Institutionen wie eine sich selbst erfüllende Prophezeiung die Sorte von widerständigen Bürgern hervorzubringen, die anzusprechen sie sich einbilden.« (Hilgartner, Hurlbut, Jasanoff 2021) Aus der umgekehrten Perspektive betrachtet: Wer sich zu Unrecht in eine Ecke gestellt fühlt, hat mehr Grund, für Verschwörungsmythen empfänglich zu werden und sich Schritt für Schritt weiter zu radikalisieren. Der rhetorische Rückgriff auf Bezichtigungsinstrumente der Klimakrise gehörte zu den Initialzündern einer Polarisierungsdynamik, die in der Pandemie mit jeder Welle zunahm. Sah man jedoch in der Corona-Krise eine Klimakrise im Kleinen, erschien die Polarisierung nicht als Folge der eigenen Parallelisierung, sondern bloß als weitere Parallele. Der Vergleich erhielt tatsächlich Züge einer Self-Fulfilling-Prophecy.

Noch stärker schlug sich das Vorbild der Klimakrise in Erwartungen an eine politische Führungsrolle von Experten nieder. Dafür fehlten aber sowohl die institutionellen als auch die wissenschaftlichen Voraussetzungen. Die Klimawissenschaften sind ein Forschungsfeld, das seit mehr als einem halben Jahrhundert

intensiv bearbeitet wird und das vor mehr als drei Jahrzehnten mit dem Weltklimarat eine institutionell gefestigte Form der wissenschaftlichen Politikberatung erhalten hat. Im Vergleich dazu wirkt die wissenschaftliche Forschung und Beratung zu Covid-19 wie ein behelfsmäßig aufgezoogenes Feldlazarett. Der Begriff hat nichts Despektierliches, im Gegenteil: In Lazaretten an der Kriegsfront wurden unter enormen Belastungen lebensrettende Leistungen vollbracht und medizinische Innovationen mit Langzeitwirkung angestoßen. Voraussetzung dafür aber war die gemeinsame Anerkennung der Ausnahmebedingungen, unter denen das Fachpersonal tätig war, sowie die Einsicht in die »Vorwissenschaftlichkeit« vieler Annahmen und Behandlungsmethoden, weil die Sicherung neuer Erkenntnisse dem Zwang zum Handeln hinterherhinkte. Deshalb war ein experimenteller Pragmatismus gefragt, mit dem es darum ging, Bewährtes rasch umzusetzen, Gescheitertes ebenso schnell fallenzulassen und doktrinaire Standpunkte zu vermeiden.

In der Corona-Krise bestand diese Feldlazarett-Konstellation weit über die Anfangsphase hinaus, ja sie dürfte bis zur endemischen Phase fort dauern, wobei es die Kombination von Virusmutationen (Alpha bis Omikron) und Innovationen (Tracing-App bis mRNA-Impfung) war, welche für die größten Unwägbarkeiten sorgte. Das wissenschaftliche Fachpersonal, dessen Expertise in den Medien am meisten gefragt war, neigte dazu, die Veränderung durch Innovationen zu überschätzen und jene durch Mutationen zu unterschätzen. Viele erwarteten von der Tracing-App im Frühjahr und Sommer 2020 einen Beitrag zur Verhinderung weiterer Ansteckungswellen und versprachen sich ein Jahr später von der Impfung nichts weniger als die Beendigung der Pandemie. Obwohl die Favorisierung und Überschätzung technischer Lösungen in der Geschichte der natur- und technikwissenschaftlichen Expertise ein altbekanntes Problem ist, kam sie in der Diskussion über Expertise in der Pandemie kaum zur Sprache

(Johnston 2021). So trug die Unaufgeklärtheit über den eigenen Hang zu verzerrten Wahrnehmungen dazu bei, dass offizielle Experten gegenüber technologie-skeptischen Stimmen Positionen bezogen, die sie kurz darauf, eingeholt von der pandemischen Realität, wieder räumen mussten. Martin Ackermann, Präsident der Schweizerischen Science-Task-Force, sagte Anfang August: »Wir hätten es in der Hand, die Epidemie in der Schweiz in rund acht Wochen zu beenden, indem wir uns alle impfen lassen.« (SRF 2021) Die Rede von der »Pandemie der Ungeimpften«, die sich in deutschsprachigen Medien bis weit in den Spätherbst hinzog, war nicht nur empirisch falsch, sondern auch politisch unklug, weil sie die so Stigmatisierten im Gefühl bestärkte, ungerecht behandelt zu werden. Als sich mit der Durchsetzung von Omikron die Impfdurchbrüche vervielfachten und gleichzeitig die Krankheitsverläufe abmilderten, waren viele der medizinischen und pandemiepolitischen Überzeugungen, die unter Delta noch galten, endgültig in Frage gestellt. Eine vergleichbare Situation hat es in der Klimakrise nie gegeben. Krisen, in denen ein »moving target« bekämpft wird, bedürfen einer Haltung und Sprache, die Ungewissheiten eingesteht, Fehler erlaubt, guten Willen zeigt, Großzügigkeit gegenüber anderen Ansichten walten lässt, Handlungsoptionen eröffnet anstatt Handlungszwänge zu erzeugen und Wortmeldungen von Erregungskünstlern und Spin- nern ausblendet, anstatt sich an ihnen abzuarbeiten. Wer sich jedoch verhält, als gäbe es nur eine wahre Sicht der Dinge und eine richtige Art zu handeln, hat die Lage fundamental verkannt.

Wie konnten Experten der Klimakrise überhaupt zum Vorbild für Virologen und Epidemiologen der Corona-Krise werden, wenn die institutionellen und wissenschaftlichen Voraussetzungen ihres Tuns derart anders sind? Die Imitation funktioniert nur deshalb, weil es eben nicht um die institutionelle Organisation und epistemische Grundlage, sondern um die mediale Inszenierung von Expertise geht. Dabei jedoch taucht sogleich ein weiteres Pro-

blem auf: Bereits in der Klimapolitik besteht eine Kluft zwischen der politischen Realität und der medialen Repräsentation von wissenschaftlicher Expertise. Wird die wissenschaftliche Expertise in der Corona-Krise durch die Brille betrachtet, mit der die Medien über die Klimapolitik berichten, entsteht eine falsche Wahrnehmung zweiter Ordnung.

You cannot »follow the Science«

Im institutionellen Zentrum der klimawissenschaftlichen Politikberatung steht der Weltklimarat. Der IPCC verfasst seine Berichte nach dem Prinzip, »neutral, policy relevant, but not policy-prescriptive« zu sein. Entsprechend stellt er keine Empfehlungen und schon gar keine Forderungen auf, was für konkrete Maßnahmen zu ergreifen sind (Grundmann und Rödder 2019). Allgemeine Ziele wie die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad werden in enger Zusammenarbeit und unter Federführung der internationalen Politik verabschiedet. Die Selbstbeschränkung des Weltklimarats hat ihr Fundament in den prognostischen Unsicherheiten und normativen Dilemmata, die mit den Zukunftsszenarien in seinen Berichten verbunden sind. Das Abwägen von Risiken, Setzen von Werteprioritäten und Fällen von Entscheiden ist Aufgabe der Politik, nicht der Wissenschaft.

Als nun aber die Klimabewegung den Klimanotstand ausrief und einen »System Change« forderte, wies sie den Klimawissenschaften die weltweite Führungsrolle bei der politischen Bekämpfung der Erderwärmung zu. »Follow the Science« und »Unite behind the Science« avancierten zu Mobilisierungsparolen eines neuen Aktivismus, der ohne eigene Agenda auskam, in der Annahme, die Befunde und Modelle der Klimawissenschaften enthielten bereits das politische Programm. Da der Weltklimarat der Politik aber keine Vorschriften macht, läuft der Aufruf, der Wissenschaft zu folgen, ins Leere (Hirschi 2021). Den offiziellen

Klimaexperten wird eine Rolle zugeordnet, die sie nicht einnehmen können. Anstatt auf den Widerspruch hinzuweisen, haben ihn manche Klimaforscher aber noch verschärft, indem sie in den Medien eine aktivistische Wende vollzogen, die mit ihrem institutionellen Auftrag kollidiert. So entstand bereits in der Klimakrise das Problem, dass die mediale Inszenierung von Expertise der Wissenschaft eine politische Führungsrolle zuordnete, die sie nicht hat und auch nicht haben kann.

»Der« Wissenschaft zu folgen, musste in der Corona-Krise schon deshalb in die Irre führen, weil gar keine Instanz existiert, die den Erkenntnisstand der relevanten Forschungsgebiete aufbereitet und bekannt gibt. Die WHO ist nicht der IPCC, und sie hätte wegen der akuten Zeitnot auch nie eine vergleichbare Rolle einnehmen können. Sobald die globale Dimension der Krise sichtbar wurde, entstand ein unkoordinierter Wettbewerb unter Forschenden um die Bereitstellung relevanter Expertise, ausgetragen auf Preprint-Servern und auf Twitter. Im Kampf um politische Aufmerksamkeit kamen dabei Mittel zum Einsatz, die der Weltklimarat mit seinen mehrstufigen Prüf- und Ausleseverfahren systematisch ausschließt. Studienautoren machten sich zu Experten in eigener Sache, indem sie ihre provisorischen Forschungsbefunde gleich mit Empfehlungen oder Warnungen an die Politik versahen. So sorgten sie dafür, dass die politische Diskussion startete, bevor die wissenschaftliche Prüfung begonnen hatte. Für Regierungen und ihre Beratungsstäbe wurde die Situation noch unübersichtlicher und unsicherer, als sie ohnehin schon war. Medial sahen sie sich unter Druck gesetzt, »der« Wissenschaft zu folgen, real waren sie mit einer Vielfalt an unbestätigten Expertenmeinungen konfrontiert. Die meisten Regierungen suchten ihre Rettung darin, jenen Expertenstimmen Gehör zu schenken, die zugleich wissenschaftliches Renommee ausstrahlten und ihren politischen Ansichten nahestanden, um diese dann in der Öffentlichkeit als »die« Wissenschaft auszugeben.

Der britische Politologe Paul Cairney hat daher zurecht betont: Wenn Politiker in der Corona-Krise sagen, sie folgen der Wissenschaft, so meinen sie »unseren Wissenschaftlern« (Cairney 2021). Großbritannien ist dafür exemplarisch. Entgegen den Darstellungen in vielen Medien ließ sich die Tory-Regierung von Boris Johnson sehr wohl von wissenschaftlichem Rat leiten, als sie im März 2020 den ersten Lockdown hinauszögerte, bis es zu spät war, um das Gesundheitssystem vor Überlastung zu schützen. Die Regierung hörte auf die offizielle *Scientific Advisory Group for Emergencies* (SAGE), in der anerkannte und unabhängige Spezialisten aus diversen Fachgebieten mitwirkten. Sie waren es, die dem Premierminister anfänglich, gestützt auf rationale Überlegungen und spärliche Befunde, empfahlen, keine harten Maßnahmen zu ergreifen. Ihre Empfehlungen wurden später von vielen Seiten, teilweise auch von den Mitgliedern des SAGE selbst, als Fehler eingestuft. Dennoch wäre es aus der Rückschau falsch, sie als »unwissenschaftlich« zu qualifizieren. Vielmehr verdeutlichen sie, wie stark wissenschaftliche Empfehlungen von Expertengremien, gerade zu Beginn einer Krise, wo die Gefahr schwierig einzuschätzen ist, von normativen Motiven bestimmt sind, die dem Wertehorizont der regierenden Partei entsprechen. Mit den Tories führte in Großbritannien eine Partei durch die Pandemie, die mit ihrer Skepsis gegenüber dem starken Staat und ihrer Emphase der individuellen Freiheit besondere Überwindungskraft brauchte, um einen Lockdown zu verhängen. Die Angst vor politischem Übersteuern erschwerte das präventive Eingreifen. Offenbar ging es, wie Cairney aufzeigt, dem wissenschaftlichen Beratungspersonal mit Zugang zum Kabinett ähnlich (Cairney 2021). Es bedarf also in der Regel keiner Manipulation durch die Regierung, um Experten auf Kurs zu bringen. Dafür sorgt das normative Einverständnis von allein. Entsprechend gibt es auch keinen »vorpolitischen« Zustand der Expertise, sondern nur einen mehr oder

weniger reflektierten und transparenten Umgang mit der Werte-dimension von wissenschaftlichem Rat.

Die Existenz eines offiziellen Expertengremiums für die Pandemiebekämpfung führte in England also gerade nicht zur Fiktion einer Wissenschaft, die »mit einer Stimme spricht«, sondern zur Einsicht in den politisierten Charakter jeder Expertise, gerade in einer komplexen Krisensituation. Schon im Mai 2020 erhielt SAGE mediale Konkurrenz in der Form eines *Independent SAGE*. Präsiert wurde die öffentlich beratende Expertenrunde vom ehemaligen Chief Scientific Adviser, Sir David Anthony King. Damit erhielt die Westminster-Demokratie mit ihrer Zweiteilung von Regierung und Opposition ein nahezu identisches Abbild in der Organisation von Expertise. Komplettiert wurde die politische Aufstellung der Wissenschaft durch eine kleine, aber feine Minderheit von »Corona Centrists« wie François Balloux und Oliver Johnson, die sich als Anti-Polarisierer verstanden, indem sie sich ebenso klar von jenen abgrenzten, die das Virus »durchlaufen« lassen wollten, als auch von jenen, die es bis zur Elimination bekämpfen wollten. Indem sie sich politisch positionierten, waren die »Corona Centrists« auch besser in der Lage, die Fallstricke der Voreingenommenheit, die allen Experten drohen, offen zu adressieren. Balloux sagte dazu im August 2021: »Wir haben Vorannahmen, die beeinflussen, wie wir neue Informationen betrachten. Als Wissenschaftler ist es sehr wichtig, keine übermäßig starken Vorannahmen zu haben – man muss offen für Überraschungen sein und seine Vorannahmen durch neue Daten aktualisieren lassen. Es ist wichtig, sich mit neuen Erkenntnissen auseinanderzusetzen. Dogmatisch zu sein ist problematisch.« (Balloux 2021) Mit anderen Worten: Je stärker der pandemiepolitische Richtungsstreit im Namen der Wissenschaft geführt wird, desto schwächer droht die wissenschaftliche Qualität der Expertise zu werden.

»False Balance« und »PLURV« als politische Kampfbegriffe

Dass Deutschland eine andere mediale Inszenierung von Expertise erlebte als England, lag also nicht etwa daran, dass hier die »richtige« Wissenschaft die Regierung beriet oder ihre Politisierung weniger stark ausfiel. Es hatte vielmehr damit zu tun, dass die falsche Analogie zur Klimakrise im Verlauf der Pandemie noch weiter getrieben wurde. Deutsche Experten griffen zu Beginn der Krise mit besonderer Kühnheit zum Mittel der Sofort-Politisierung ungeprüfter Forschungsbefunde aus dem eigenen Labor. Innerhalb eines Monats kam es gleich zu zwei Vorfällen, die für die verantwortlichen Forscher konträre Folgen hatten. Im einen Fall berichtete der Bonner Virologe Hendrik Streeck auf einer Pressekonferenz des Landes Nordrhein-Westfalen in Gegenwart von Ministerpräsident Armin Laschet über erste Ergebnisse seiner Heinsberg-Studie und empfahl der Politik sogleich, Öffnungsschritte einzuleiten. Parallel dazu veröffentlichte er auf Twitter provisorische Daten der Studie. Streeck erhielt für sein Vorgehen berechtigte Kritik, unter anderem von seinem Fachkollegen Christian Drosten, der darauf hinwies, dass hier politische Schlüsse aus Befunden gezogen wurden, die zu spärlich und zu unklar waren, um etwas aus ihnen abzuleiten. Knapp drei Wochen später war es Drosten selbst, der eine grobe statistische Aufbereitung von Daten zur Virenlast im Rachen von Patienten unterschiedlichen Alters online stellte, aus ihr den Schluss zog, Kinder könnten ähnlich ansteckend sein wie Erwachsene, und die Politik sogleich vor einer »uneingeschränkten Öffnung von Schulen und Kindergärten« warnte. Die Aufregung auf Twitter war groß, und das nicht nur in Deutschland. Renommierter Statistiker wie David Spiegelhalter kritisierten die Methode als unzureichend und die Schlussfolgerungen als unzutreffend, nur um ihre Aussagen kurz darauf zur eigenen Verblüffung als Munition in einer *Bild*-Kampagne gegen Drosten wiederzufinden. Für Drosten jedoch stellte sich die

Intervention des Boulevard als Glücksfall heraus, denn sie sorgte für eine breite Solidarisierung mit ihm und lenkte davon ab, dass Drosten für fast das Gleiche kritisiert worden war, das er Streeck zuvor vorgeworfen hatte: Unfertige Auswertungen zu veröffentlichen und sogleich mit politischen Forderungen zu verbinden. Darauf bezog sich Spiegelhalter, als er sagte: »Wir hätten uns nicht in dieser öffentlichen Weise eingebracht, wenn die Politik nicht schon von den ursprünglichen Autoren in die Studie hineingelegt worden wäre.« (McConway 2020)

Der »German Twitter Storm Shock Horror«, den Spiegelhalter als unfreiwilliger Zeuge der *Bild*-Zeitung erlebte, brachte Deutschland um die Erkenntnis, die England gemacht hatte. Wissenschaftlicher Expertenstreit ist in der Pandemie auch politischer Richtungsstreit. Als Streeck und Drosten eigene Daten zu Argumenten für oder gegen eine rasche Öffnung aufbereiteten, bezogen sie uneingestanden Position im Wertekonflikt um Gesundheit, Freiheit, Bildungs- oder Generationengerechtigkeit, der sich in einer Pandemie extrem zuspitzt und in einer demokratischen Gesellschaft offen ausgetragen werden muss. Im Hintergrund standen dabei unterschiedliche Regierungskoalitionen, die Streeck auf Landes- und Drosten auf Bundesebene eine politische Bühne gaben.

Durch die *Bild*-Kampagne entstand nun aber der Eindruck, die Wissenschaft selbst sei in der Person Drostens unter Beschuss geraten. Das nutzte der Starvirologe mit seiner wachsenden Anhängerschaft in den Medien aus, um die pandemiepolitische Debatte unter Rückgriff auf Kategorien der Klimakrise als einen Kampf der Wissenschaft gegen die Wissenschaftsleugnung zu rahmen. In einem politisch heiklen Moment, als der von Drosten und der Leopoldina geforderte »Weihnachtslockdown« anstatt weniger Wochen mehrere Monate dauerte, beklagten er und mehrere Wissenschaftsjournalisten eine »False Balance« der Expertenstimmen in den nationalen Medien. Der Begriff hatte zuvor Karriere in der Klimakrise gemacht, wo er sich gegen mediale Darstel-

lungsformen von Expertise richtete, die konträre Positionen zur Klimakrise als gleichwertig erscheinen ließen, unabhängig davon, wie es um ihre wissenschaftliche Solidität stand. Die Kritik zielte darauf ab, die Medienberichterstattung im Allgemeinen und den Wissenschaftsjournalismus im Besonderen von einer Position der journalistischen Neutralität zur Parteinahme für die Klimawissenschaften zu bewegen (Fahy 2017). Expertenstimmen, denen es innerhalb der Klimawissenschaften an Anerkennung fehlte, sollten in den Medien nicht mehr (gleichwertig) zu Wort kommen. Die Kritik an der »False Balance« ging einher mit der Betonung des wissenschaftlichen Konsenses. Dadurch erhöhte sich jedoch die Unklarheit, aus welcher Position Kritik an der klimawissenschaftlichen Expertise überhaupt noch öffentlich formuliert werden kann, um von den Kritisierten als legitim anerkannt zu werden. Die Folge war, dass auch für wissenschaftlich kompetente Kritik, wie sie Roger Pielke, Reiner Grundmann oder Silke Beck äußerten, die Akzeptanz im Wissenschaftsjournalismus wie in den Klimawissenschaften abnahm.

Die Schwierigkeit einer sauberen Trennung von unwissenschaftlichen Aussagen und unwillkommener Kritik nahm nochmals zu, als der Begriff der »False Balance« auf die Corona-Krise übertragen wurde. Nun nämlich galt er eindeutig der medialen Präsenz von wissenschaftlich anerkannten Personen, die sich für eine andere Pandemiepolitik aussprachen. Gemeint war in erster Linie Hendrik Streeck. Die Angriffe gegen ihn wurden gerade nicht in der Absicht vorgetragen, seine Aussagen zur Fallsterblichkeit bei Covid-19 als wissenschaftlich fragwürdig auszuweisen (was sie durchaus waren), sondern ihn als »zu lockeren« oder gar »gefährlichen« Experten zu überführen. In einem *Spiegel*-Interview mit Christian Drosten im Januar 2021 behaupteten die beiden Interviewerinnen: »Einen größeren Schaden als Corona-Leugner haben im vergangenen Jahr wohl Experten angerichtet, die immer wieder gegen wissenschaftlich begründete Maßnahmen

argumentiert haben, zum Beispiel Jonas Schmidt-Chanasit und Hendrik Streeck.« (Bredow, Hackenbroch 2021) Der Interviewte ließ den journalistischen Rufmord unkommentiert geschehen (Benner 2021).

Indem die Forderung zur medialen Unterdrückung abweichender Expertenmeinungen von der wissenschaftlichen auf die politische Ebene verlagert wurde, kam er einer versteckten Kampagne zur Gleichschaltung der Medien gleich. Wer sich dem Gebot der journalistischen Selbstzensur nicht fügte, wie Markus Lanz, der neben Karl Lauterbach, Viola Priesemann und Melanie Brinckmann weiterhin Hendrik Streeck in seine Sendung einlud, wurde dafür von Wächtern der wissenschaftlichen Ausgewogenheit wie Jan Böhmmermann öffentlich diffamiert. Dass Priesemann und Brinckmann ebenfalls wissenschaftliche (und erst recht politische) Minderheitenpositionen vertraten, bloß im Lager der radikalen Eindämmungsfraktion, störte die »False Balance«-Ankläger hingegen nicht.

Drosten selbst legte noch eine Schippe drauf, als er Ende März 2021 ein wissenschaftstheoretisch primitives Schema zur Entlarvung von Desinformation über den Klimawandel mit dem Akronym PLURV aufgriff, um Streeck vor versammeltem Radiopublikum der Wissenschaftsleugnung zu überführen. PLURV steht für »Pseudo-Experten«, »logische Trugschlüsse«, »unerfüllbare Erwartungen«, »Rosinenpickerei« und »Verschwörungstheorien« und bildet damit ein Gemisch aus analytisch unpräzisen Pejorativen, mit denen man bei selektiver Anwendung fast alles aufspießen kann, was einem gegen den Strich geht. Als Beweis für die Vollstreckung des akademischen Todesurteils diente Drosten ein ebenso banaler wie wahrer Satz, den Streeck wiederholt gesagt hatte: Es gehe darum, »mit dem Virus leben zu lernen«. Damit aber hatte Drosten erreicht, was er wollte (Drosten 2021). Sein eigener Nachfolger auf dem Lehrstuhl für Virologie der Universität Bonn war bei den Wodargs und Bhakdis entsorgt, und in

deutschen Medien dominierte die Haltung: Drosten zu folgen, heißt, der Wissenschaft zu folgen.

Die Aggressivität, mit der Drosten und seine Anhänger Kampfbegriffe der Klimakrise nutzten, um abweichende Expertenstimmen zu delegitimieren, erstaunt umso mehr, als es in der Corona-Krise keine andere Demokratie auf der Welt gibt, in der ein einzelner Experte, der während der längsten Zeit der Pandemie kein offizielles Beratungsmandat innehatte, so viel mediale Macht besitzt wie Christian Drosten. Der Chefvirologe der Charité genießt den unangefochtenen Status als forschungstärkster Corona-Experte Deutschlands, seine Bereitschaft und Begabung zur Aufklärung der Bevölkerung über das Virus hat ihm enorme Anerkennung und zahlreiche Preise eingebracht, und die Türen zum Kanzleramt und Gesundheitsministerium standen ihm stets offen. In den deutschen Medien wurde Drosten mehr Platz eingeräumt als allen anderen Virologen zusammen (Maurer, Reinemann, Kruschinski 2021). Nur Karl Lauterbach, der als »Parlamentarierexperte« eine mediale Sonderrolle einnahm, pandemiepolitisch aber ganz auf Drostens Seite stand, kam auf eine vergleichbare Präsenz. Wenn es in der deutschen Berichterstattung über Corona eine Unausgewogenheit gab, so war sie genau anders herum, als es die »False Balance«-Polemiker behaupteten. Es bestand eine erdrückende Dominanz von Regierungspolitikern und ihren inoffiziellen Experten, die gemeinsam die Illusion erzeugten, die Politik folge »der« Wissenschaft. Sie sorgte dafür, dass allenthalben Sachzwänge unterstellt wurden, wo wissenschaftlich vertretbare Handlungsoptionen bestanden.

Wissen, Werte und die Rolle der Medien

Die Medien trugen zur Illusion einer wissenschaftlich folgsamen Politik bei, weil sie sich zu wenig um eine Differenzierung bemühten, die für jede Demokratie entscheidend ist, um komplexe Kri-

sen ohne massive Verwerfungen zu bewältigen. Sie unterschieden nicht ausreichend zwischen Wissen und Werten, oder präziser gesagt: Sie legten die normativen Grundlagen wissenschaftlicher Erkenntnisansprüche und Handlungsempfehlungen kaum frei. Die Unterlassung erleichterte es ihnen, strategischen Dissens unter Experten zum Skandal aufzubauschen, anstatt ihn als zu behandeln, was er ist: eine erwartbare und bis zu einem gewissen Grad auch demokratisch erwünschte Realität. Dazu brauchten Medien nur den Eindruck zu erwecken, auf der einen Seite stehe die personifizierte Wissenschaft und auf der anderen die Scharlatanerie. Insofern zogen die Medien aus ihrem reduktionistischen Verständnis von Wissenschaft direkten Profit. Wo ein Krawall vom Zaun gebrochen werden kann, gibt es viele Klicks.

Demokratisch hingegen wog das Versäumnis der Medien umso schwerer, als der Deutsche Ethikrat schon zu Beginn der Pandemie vor der Gefahr einer Rahmung von Wertedilemmata als Wissenskonflikte gewarnt hatte und Forschungen zeigen, dass sich die normativen Prioritäten in der Pandemiepolitik bereits von der ersten zur zweiten Welle markant verschoben hatten, ohne dass sich ein direkter Bezug zum wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt herstellen lässt (Ethikrat 2020, Angeli, Camporesi, Dal Fabbro 2021). Die normative Dimension der Pandemiepolitik ist umso bedeutsamer, als in Demokratien Maßnahmen nur dann wirksam sind, wenn sie von der Bevölkerung freiwillig mitgetragen werden. Verschieben sich die gesellschaftlichen Werteprioritäten, muss sich auch die wissenschaftliche Politikberatung den veränderten Gegebenheiten anpassen.

Während es von politischen Journalisten zu viel verlangt wäre, sich in Wissenschaftstheorie genügend auszukennen, um die »Epistemisierung« normativer Präferenzen durchleuchten zu können, muss man es von Wissenschaftsjournalisten erwarten. Dafür aber fehlte den meisten von ihnen das kritische Selbstverständnis gegenüber der Wissenschaft. Der Wissenschafts-

journalismus leistete einen großen Beitrag zur Vermittlung und Einordnung neuer Forschungsbefunde, ließ jedoch in der Beurteilung der wissenschaftlichen Politikberatung, zumal jener der medial mächtigsten und politisch einflussreichsten Experten, Distanz und Unabhängigkeit vermissen. Damit agierte auch er als Kind der Klimakrise, doppelt verunsichert von der Leugnung des Klimawandels und von der »False Balance«-Kritik, die Wissenschaftsjournalisten immer häufiger in die Rolle von medialen Bodyguards für wissenschaftliche Experten gedrängt haben.

Zwar sind Wertefragen von Wissensfragen, wie schon Max Weber und erst recht Thomas Kuhn betont haben, kaum systematisch zu trennen (Douglas 2009), aber das Bemühen um eine Sichtbarmachung der normativen Dimensionen von Expertise ist zentral, um in einer Demokratie Klarheit darüber zu gewinnen, wo die Verantwortung der Wissenschaft endet und jene der Politik beginnt. In Wissensfragen ist Meinungspluralismus die Ausnahme, in Wertefragen ist er die Regel, und daher ist es für demokratische Gesellschaften essentiell, dass um die Geltung von Werteprioritäten politisch gestritten werden kann. Gelingt das nicht, verlieren alle, die zur politischen Mitsprache berechtigt sind, an Mündigkeit und Autonomie. Regierungen halten sich nur noch für durchsetzungsfähig, wenn sie sich an Pressekonferenzen mit prominenten Experten flankieren und beim ersten Anzeichen von Opposition ganze Expertenkollektive vor den eigenen Karren spannen, die ihnen als Repräsentationsinstanz der Wissenschaft die Notwendigkeit und Dringlichkeit ihrer Politik beglaubigen. Wenn sich doch Opposition regt, was in einer funktionierenden Demokratie zu erwarten ist, muss sich auch diese mit Expertise aufrüsten, im besten Fall mit wissenschaftlich anerkannten Gegenexperten, im schlechteren, wenn für die eigene Position keine solchen zu finden sind, mit Alternativexperten, die sich auf die mediale Inszenierung von Wissenschaftlichkeit ohne Substanz spezialisieren. Selbst jene Kräfte, die sich als letzte Bastion der

Expertokratie-Kritik verstehen, suchen die mediale Aufmerksamkeit mit dem kommunikativen Arrangement von Expertenbefragungen, wie die Aktion »Alles auf den Tisch« zeigt. In spiegelbildlicher Inszenierung zu den Medien, die sie fundamental in Frage stellen, formulieren sie ihre Positionen in der Form von Experteninterviews, wobei Schauspieler die Rolle von journalistischen Fragestellern spielen.

Wird wissenschaftliche Expertise zur politischen Panzerung, mit der Wertekonflikte zu Wissenskonflikten gesteigert werden, schadet das nicht nur der Akzeptanz der Politik, sondern mit der Zeit auch dem Ansehen der Wissenschaft. Forschende werden dazu verleitet, sich jenseits ihres wissenschaftlichen Kompetenzbereichs zu bewegen, wo sie dann auch leichter unter Beschuss geraten. Die Pandemiepolitik hat wiederholt Situationen hervorbracht, in denen die Wissenschaft als Autoritätsquelle für Positionsbezüge erhalten musste, die normativ zu begründen und damit offen für eine demokratische Diskussion gewesen wären. In wissenschaftlichen Daten zur Letalität und Infektiosität des Virus steckt kein politisches Programm für seine Bekämpfung. Aus Modellierungen einer drohenden Ansteckungswelle lassen sich keine wissenschaftlichen Sachzwänge für einen Lockdown ableiten. Die Frage, ob Schulen zu schließen oder zu öffnen sind, kann weder mit der Viruslast im Kinderrachen noch mit dem Bildungsverlust beim Onlineunterricht beantwortet werden. Ansteckungszahlen mit allen Mitteln auf eine Inzidenz unter zehn zu drücken, ist keine wissenschaftliche Position. Expertise ist für all diese Fragen relevant, aber es geht kein Entscheidungsdiktat von ihr aus. Genau dies aber wurde von Politikern und Experten immer wieder unterstellt, indem sie ihre Werteprioritäten in Zahlen und Modellen versteckten und damit Handlungsimperativ formulierten. So kam es, dass die politische Polarisierung mit der No-Covid-Strategie am einen und der No-Lockdown-Strategie am anderen Extrem kaum mehr als das erschien, was sie eigentlich

war: eine Konfrontation normativer Fundamentalgegensätze, die beide von einer wissenschaftlichen Politikberatung, welche sich an der Kunst des demokratisch Zulässigen und gesellschaftlich Möglichen ausrichtet, verabschiedet haben.

Durch die Verkleidung von Wertekonflikten als Wissenskonflikte geriet aus dem Blick, dass man sich in einer Pandemie, gerade weil es um die Abwägung von Grundwerten wie Freiheit, Gesundheit und Gerechtigkeit geht, zugleich wissenschaftlich einig und politisch uneinig sein kann. Hätten Wissenschaft, Medien und Politik dafür ein Einsehen gehabt, wäre im Zuge der Corona-Krise wohl nicht so viel Intoleranz, Rechthaberei und Bitterkeit entstanden.

Mediale Expertenprominenz und wissenschaftliche Politikberatung

Die mediale Macht von Experten als Dominatoren von Wissenskonflikten hat Konsequenzen für ihre herkömmliche Krisenfunktion: die wissenschaftliche Politikberatung durch institutionelle Kanäle. Akute Krisen sind für demokratische Regierungen Situationen erhöhten Handlungsdruckes unter gesteigerter Unsicherheit. Wissenschaftliche Politikberatung hat in ihnen zwei Hauptaufgaben zu erfüllen. Sie muss Unsicherheiten reduzieren oder zumindest systematisch adressieren, und sie muss Handlungsmöglichkeiten für ein rasches Eingreifen mit großer Hebelwirkung unter Abschätzung der jeweiligen Chancen und Risiken aufzeigen. Damit soll sie eine möglichst wirkungsvolle Krisenbekämpfung zum Wohl der Regierten gewährleisten.

Die Krisenfunktion von staatlich nachgefragter Expertise ist nichts spezifisch Demokratisches, aber sie muss in Demokratien, verglichen mit Diktaturen oder Autokratien, stärker an den Bedürfnissen und Erwartungen der Regierten ausgerichtet sein. Das heißt jedoch nicht, dass sie zwingend im medialen Schein-

werferlicht stattzufinden hat. Solange wissenschaftliche Politikberatung jede aktive Mitsprache bei Entscheidungen ausschließt, gebietet keine demokratische Norm, die involvierten Forschenden medial sichtbar oder gar prominent zu machen. Die öffentliche Bühne bleibt den Akteuren überlassen, die politische Verantwortung tragen. Die Krisenexpertise kann aus unabhängigen Kommissionen, Verwaltungsstäben oder Ressortforschungseinrichtungen erfolgen. Entscheidend für eine effektive Krisenpolitik ist, dass sich Experten und Entscheidungsträger vertraut sind und vertrauen. Kompetenzen müssen klar verteilt und Abläufe eingespielt sein, wenn es darum geht, einen Brand rasch unter Kontrolle zu bringen.

Hat man es mit einer neuartigen Bedrohungslage zu tun, vermögen Experten nur bedingt gesichertes Wissen zu vermitteln. Wie aber können sie die hohe Unsicherheit von Entscheidungsträgern reduzieren? Am ehesten mit vorläufigen Lageanalysen, die den politischen Manövrierraum für Maßnahmen zur Eindämmung des drohenden Schadens abstecken. Wesentlich für die Qualität der Lageanalysen ist dabei nicht nur die Sichtung aktueller Forschungsergebnisse, sondern auch die Informationsbeschaffung von Gewährsleuten aus Gebieten, die von der Krise früher erfasst worden sind. Wissenschaftliche Expertise vermischt sich mit improvisierter Beratung. So ist auch kaum zu vermeiden, dass Maßnahmen empfohlen werden, deren Wirksamkeit noch nicht wissenschaftlich erwiesen ist. In der Eurokrise sprach man von »unorthodoxen« oder »unkonventionellen« Methoden, in der Corona-Krise waren sie, wenn nicht dem Namen, so wohl der Sache nach, allgegenwärtig. Bereits im März 2020 modellierten Epidemiologen den Effekt von Schulschließungen auf die Reproduktionszahl, ohne über die Ansteckungsgefahr von Kindern Genaueres zu wissen, und errechneten die Wirksamkeit einer digitalen Kontaktverfolgung von Infizierten, bevor die Technologie einsetzbar war (Ferguson et al. 2020; Ferretti et al. 2020).

In beiden Fällen löste die spekulative Mathematik politische Maßnahmen aus, ohne dass eine Bestätigung der prognostizierten Effekte vorlag. Die unorthodoxe Methode schlechthin aber war die Verhängung von nationalen »Lockdowns«, das heißt die Stilllegung des gesellschaftlichen Lebens in ganzen Staatsgebieten, zu Beginn noch gesteigert durch die Abriegelung der Grenzen, wofür es weder Präzedenzfälle in früheren Seuchen noch Szenarien in existierenden Pandemieplänen gab.

Politische Entscheidungen in akuten Krisen können also »expertenbasiert« und trotzdem kaum »wissenschaftlich abgestützt« sein. Damit wird Expertise in der Krise selbst zum Risikogeschäft mit vor-wissenschaftlicher Komponente. Ihr epistemisches Fundament ist brüchiger als in Normalzeiten, und zugleich haben ihre Einschätzungen mehr Gewicht. Die Situation entspricht dem Anforderungsprofil für »Honest Brokers of Policy Alternatives«, wie der Wissenschaftsforscher Roger Pielke Experten bezeichnet, die auf der Basis einer epistemischen *und* normativen Lageanalyse verschiedene Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, ohne sich auf eine bestimmte Option festzulegen und diese als wissenschaftlich geboten auszugeben (Pielke 2007). Sie sind auf Regierungen mit der doppelten Bereitschaft angewiesen, kapitale Entscheidungen zu treffen und diese mit politischen Argumenten zu rechtfertigen. Experten verhalten sich als ehrliche Vermittler keinesfalls werturteilsfrei oder relativistisch, denn sie schließen bestimmte Optionen gezielt aus. Sie schränken den politischen Handlungsspielraum ein, um ihn in einem Bereich vertretbarer Entscheidungen wieder zu öffnen. Insofern repräsentieren sie eine eingeschränkte Neutralität der Expertise.

Je prominenter nun aber Experten, die keine institutionelle Politikberatung leisten, in medialen Deutungskämpfen des Krisengeschehens auftreten, desto größer wird der Druck auf Regierungen, sich in der Kommunikation nach außen mit wissenschaftlicher Expertise aufzumunitionieren, um ihre Maßnahmen

zu rechtfertigen. Es reicht nicht, die Ergebnisse der Krisenpolitik für sich sprechen zu lassen, wenn »Wissen« als entscheidende Erfolgsvoraussetzung gilt und Experten in Medien mit konträren Wissensansprüchen und politischen Forderungen aufeinanderprallen. Regierungen müssen um öffentliche Zustimmung für ihre Politik werben, indem sie ihr eigenes Wissensarsenal in der Form von medial präsenten Expertenfiguren zur Schau stellen.

Dazu haben sie zwei Möglichkeiten, die sich zwar gegenseitig nicht ausschließen, aber auch nicht reibungslos ergänzen. Die erste besteht darin, Mitglieder offizieller Beratungsgremien in der Öffentlichkeit als Autoritätsquellen des Regierungswissens auftreten zu lassen. Wichtig bei diesem Vorgehen ist, mediale Formate und Rollen zu wählen, die keine kontradiktorische Inszenierung von Expertise zulassen. Regierungsexperten müssen über den Niederungen der Wissenskonflikte medial engagierter Experten stehen. Ideal ist das Format des schriftlichen Berichts mit mehreren Handlungsszenarien und die Rolle des »Honest Broker«, der sich davor hütet, Politikberatung in komplexen Krisen als Vermittlung wissenschaftlicher Sachzwänge darzustellen. Diese Option bedarf einer demokratisch gefestigten und wissenschaftlich aufgeklärten Öffentlichkeit, die imstande ist, die Rollen von wissenschaftlichen Regierungsberatern und medial aktiven Experten zu unterscheiden. Die systematische Trennung dieser beiden Rollen ist zentral für die politische Effektivität und öffentliche Akzeptanz der wissenschaftlichen Politikberatung.

Die zweite, politisch riskantere und demokratisch problematischere Möglichkeit ist jene, von der die deutsche Bundesregierung unter Angela Merkel mehrmals Gebrauch gemacht hat. Sie besteht darin, medial dominante Experten ohne Beratungsmandat informell einzubinden und als personifizierte »Stimme der Wissenschaft« zur Durchsetzung der Regierungspolitik zu nutzen. In diesem Fall ergreift die Regierung Partei im medial ausgetragenen Wissenskonflikt, indem sie einen bestimmten Standpunkt zur

offiziellen Wahrheit erhebt und die anderen als unwissenschaftlich abqualifiziert. Sie setzt Expertise gezielt ein, um den öffentlichen Krisendiskurs in ihrem Sinne zu kanalisieren und anstehende Entscheide als wissenschaftlich notwendig auszuweisen. Dadurch geraten die Medien ihrerseits unter Druck, die politische Privilegierung einzelner Experten als Resultat einer wissenschaftlichen Auslese darzustellen und die Krisenpolitik der Regierung zum einzig richtigen Weg zu erklären. Wenn es darum geht, konkurrierende Expertenmeinungen in den Medien zu marginalisieren, drängt sich die Rolle des »Stealth Issue Advocate« auf, wie Roger Pielke die aktivistische Gegenfigur zum »Honest Broker« nennt: Prominente Experten formulieren vor großem Publikum unter Berufung auf wissenschaftliche Sachzwänge politische Imperative (Pielke 2007). Mögliche Alternativen, epistemische Unsicherheiten und normative Dilemmata kommen nicht zur Sprache. Die Regierung hört die warnenden Rufe »der« Wissenschaft, setzt ihre Forderungen dankbar um – und wird auf dem falschen Fuß erwischt, wenn sie nicht die prognostizierten Effekte zeitigen.

Begibt sich eine Exekutive während einer Krise in die Abhängigkeit von medial aktiven Experten mit großer Gefolgschaft, ist sie in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt und kann auf veränderte Realitäten weniger flexibel reagieren. Experten, die sich zum Krisengeschehen laufend in der Öffentlichkeit äußern und dabei politische Maßnahmen fordern, werden in ihren Einschätzungen zu neuen Situationen stärker an früher gemachten Aussagen gemessen als Kollegen in wissenschaftlichen Beratungsgremien, die in ihrem Schatten output-orientierte Politikberatung betreiben. Das Gebot der ideologischen Konsistenz hat für sie höhere Geltung als jenes der pragmatischen Anpassung. Je länger eine Krise dauert, desto riskanter wird die mediale Expertenprominenz für die Regierung. Sobald die Legitimation der Krisenpolitik auf der Ergebnisseite bröckelt, ist es auch um die Legitimation ihrer vermeintlichen Erfolgsgaranten auf der Eingangsseite geschehen.

Die größte Gefahr dieses Vorgehens besteht jedoch darin, dass der mediale Wissenskonflikt durch die politische Parteinahme für eine Seite nicht kanalisiert wird, sondern eskaliert, bis medial aktive Experten aller Lager den politischen Diskurs dominieren. Diese Gefahr ist in akuten Krisen deshalb groß, weil die Stärkung der Regierung dazu führt, dass medial prominente Experten mit dem Pfand ihrer Fachkompetenz in öffentliche Positionen einrücken, die zuvor von demokratisch gewählten Volksvertretern besetzt worden sind. Der Expertenstreit überlagert auf der medialen Bühne die Parteiendebatte. Er wird zur Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln und Personen, ohne dass er einen demokratischen Repräsentationsanspruch erheben oder durch formelle Mehrheitsentscheide geregelt werden könnte. So lässt er sich leicht von einer Krise auf die nächste übertragen – mit veränderten Vorzeichen und unbegrenztem Polarisierungspotential. Das Problem der demokratischen Legitimation stellt sich im Zeichen von Wissenskonflikten in neuer Dringlichkeit.

Literatur

- Ackermann, Martin: »Epidemie könnte durch Impfen in acht Wochen enden«. In: *Schweizer Radio und Fernsehen*, 03.08.2021.
- Angeli, Federica, Camporesi, Silvia, Dal Fabbro, Georgia: »The COVID-19 wicked problem in public health ethics: conflicting evidence, or incommensurable values?«. In: *Humanities & Social Sciences Communications* 8 (2021), 2021.
- Balloux, François: Interview: »The Pandemic has Created a Market for Gloom and Doom«. In: *The Guardian*, 07.08.2021.
- Benner, Thorsten: »Die gewünschte Schockwirkung erzielen«. In: *Cicero*, 05.05.2021.
- Bogner, Alexander: *Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet*. Ditzingen 2021.
- Bredow, Rafaela von, Hackenbroch, Veronika: »Ich habe schlimme Befürchtungen, was sonst im Frühjahr oder Sommer passieren könnte«. In: *Spiegel*, 22.01.2021.
- Cairney, Paul: »The UK Government's COVID-19 Policy: What Does 'Guided by the Science' Mean in Practice?«. In: *Frontiers in Political Science*, 15.03.2021.
- Deutscher Ethikrat: *Solidarität und Verantwortung in der Corona-Krise. Ad-hoc-Empfehlung*. Berlin, 27.03.2020.
- Douglas, Heather E.: *Science, Policy, and the Value-free Ideal*. Pittsburgh 2009.
- Drosten, Christian: »Die Lage ist ernst«. In: *Coronavirus-Update*, 31.03.2021.
- Fahy, Declan: »Objectivity, False Balance, and Advocacy in News Coverage of Climate Change«. In: *Climate Science*, 29.03.2017.
- Ferguson, Neil M. et al.: *Report 9: Impact of non-pharmaceutical interventions (NPIs) to reduce COVID-19 mortality and healthcare demand*. 16.03.2020.
- Ferretti, Luca et al.: »Quantifying SARS-CoV-2 transmission suggests epidemic control with digital contact tracing«. In: *MedRxiv*, 12.03.2020.
- Grundmann, Reiner: »COVID and Climate: Similarities and Differences«. In: *Climate Change* (2021), 12(6), e737.
- Grundmann, Reiner, Rödder, Simone: »Sociological Perspectives on Earth System Modeling«. In: *Journal of Advances in Modeling Earth Systems* 11 (2019), S. 3878–3892.
- Hein Kircher, Heidi: »Krisen in der Erinnerung – Erinnerung in Krisen: Die Bedeutung politischer Mythen für das Geschichtsbewusstsein und zur Krisenbewältigung«. In: *Handbuch Krisenforschung*. Hg. von Bösch, Frank, Deitelhoff, Nicole und Kroll, Stefan. Wiesbaden 2020, S. 77–92.
- Hilgartner, Stephen J., Hurlbut, Benjamin und Jasanoff, Sheila: »Was 'Science' on the Ballot?«. In: *Science* 371 (2021), S. 893–894.
- Hirschi, Caspar: »Expertise in der Krise. Zur Totalisierung der Expertenrolle in der Euro-, Klima- und Coronakrise«. In: Büttner, Stephan, Laux, Thomas (Hg.): *Umstrittene Expertise. Zur Wissensproblematik der Politik* (Leviathan Sonderband 38). Baden-Baden 2021, S. 161–186.
- Johnston, Sean F.: *Techno-Fixers: Origins and Implications of Technological Faith*. Montreal 2020.
- Maurer, Marcus, Reinemann, Carsten, Kruschinski, Simon: *Eine empirische Studie zur Qualität der journalistischen Berichterstattung über die Corona-Pandemie*. Hg. von der Rudolf Augstein-Stiftung, Hamburg 2021.
- McConway, Kevin: »Will the New Coronavirus Lead to New Ways of Reporting on Statistics?«. *Conference on Coronavirus, Statistical Chaos and the News*, 04.12.2020.
- Pielke, Roger A.: *The Honest Broker. Making Sense of Science Policy and Politics*, Cambridge 2007.